

# **Konzepte zur Reform der Gesellschaft**

Herausgegeben von der  
Deutschen Studenten Union (DSU),  
Bonn

Copyright 1971 by Studentenzeitschriften-Verlagsgesellschaft mbH (DSV), 53 Bonn  
Gesamtherstellung: City-Print Krefeld  
Vertrieb: Studentenzeitschriften-Verlagsgesellschaft mbH (DSV), 53 Bonn, Lennéstr. 11, Tel.: (02221) 58004

# Inhalt

	Seite
Vorwort .....	5
I. Konzepte einer sozialliberalen Politik .....	7
1. Wesenselemente des Konzeptes einer sozialliberalen Politik.....	7
2. Abgrenzung zum Dogmatischen Sozialismus.....	9
3. Wirtschaftspolitische Grundsätze des Sozialliberalismus .....	10
4. Zum Pluralismusproblem .....	12
5. Zur Situation in der Bundesrepublik Deutschland.....	14
6. Reformstrategie .....	15
7. Bildung als Voraussetzung zur Gesellschaftsveränderung.....	17
8. Sozialliberalismus und Parlamentarisches Regierungssystem .....	19
II. Wissenschaft und Gesellschaft.....	21
1. Zielvorstellungen .....	22
2. Aktuelle Situation an den deutschen Universitäten .....	23
3. Darstellung .....	24
4. Entsprechung von Zielvorstellungen der DSU und Aussagen verschiedener Wissenschaftstheorien .....	30
5. Eigener Standort.....	32

meint :  
**probieren  
geht  
über  
studieren**

Daher  
liegt ein Probeheft für Sie bereit !

**bildungspolitische verlagsanstalt**

415 Krefeld · Philadelphiastraße 156/160  
Telefon (021 51) 2 8647/48/49/40

## Vorwort

Im Mai 1969 wurde die erste ausgearbeitete Fassung der Konzepte zur Reform von Gesellschaft, Bildungswesen und Hochschule verabschiedet und als 1. Band einer Broschürenreihe der Deutschen Studenten Union (DSU) veröffentlicht. Durch diese Schriftenreihe sollte einer breiten universitären und außeruniversitären Öffentlichkeit Aufschluß über die konzeptionelle Arbeit der DSU gegeben werden. Vor allen Dingen sollte der gesellschaftspolitische Bezug der hochschulpolitischen Aktivitäten der DSU dargestellt werden. Die DSU will über den Weg einer Hochschul- und Ausbildungsreform eine Demokratisierung unserer Gesellschaft erreichen. Dazu genügen jedoch nicht nur Kenntnis und Wissen um dieses Ziel, sondern es müssen konkrete Vorstellungen über die komplexen gesellschaftlichen Verhältnisse existieren.

Von einer jeweils erneuten Analyse der gesellschaftlichen Situation ausgehend, wurden daher die Konzepte zur Reform von Gesellschaft, Bildungswesen und Hochschule auf außerordentlichen Mitgliederversammlungen in Berlin überarbeitet.

Durch die hiermit vorgelegte überarbeitete Auflage will die DSU in der sich steigernden gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung mit den Anhängern des Marxismus weiterhin eine noch klarere Alternative vorstellen und darlegen.

Der zweite Teil diese Broschüre ist eine synoptische Darstellung der wichtigsten Wissenschaftstheorien - didaktischer Rationalismus, kritische Theorie (Frankfurter Schule) und dialektischer Materialismus. Hiermit soll die Möglichkeit gegeben werden, die verschiedenen Wissenschaftstheorien auf Parallelen bzw. Gegensätze zur Zielvorstellung der DSU zu untersuchen.

Die Aufnahme diese beiden Themenkreise in die Programmtik der DSU wird eine laufende Fortschreibung der Grundkonzeption der DSU zur Folge haben, die dann jeweils jährlich auf außerordentlichen Mitgliederversammlungen von allen Mitgliedsgruppen gemeinsam diskutiert, überarbeitet und weiter ausgebaut werden soll.

Wolf-Dieter Langenhan  
Klaus W. Neubürger  
Bernhard Trier

# I. KONZEPTE EINER SOZIALLIBERALEN POLITIK

## 1. Wesenselemente des Konzeptes einer sozialliberalen Politik

Grundlage des sozialliberalen Konzeptes ist das Bekenntnis zu einem Menschenbild, das vom autonomen Wertverständnis des Individualismus ausgeht und das Individuum nicht nur als Funktion der Gesellschaft begreift.

Der Sozialliberalismus erkennt, daß der laissez-faire-Liberalismus die rechtliche Gleichstellung aller Bürger durch die in seinem Gefolge entstandene materielle Diskrepanz zu einer Formalie gemacht hat.

Auch der Neoliberalismus mit seinem Ziel einer vollständigen Konkurrenz hat weder den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit noch den politischen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtkonzentration zu beenden vermocht.

Es ist das Verdienst des theoretischen Sozialismus, diese Diskrepanz im sozio-ökonomischen Bereich decouvriert zu haben.

Wesenselemente eines sozialliberalen Konzeptes müssen deshalb sein:

- Entsprechung des formalen Grundrechtskatalogs in der materiellen Verfassungswirklichkeit (Aktualisierung der Grundrechte).
- Entsprechung der individuellen juristischen Rechte im sozialen Bereich („soziale Freiheit“). Darunter ist die Möglichkeit aller zu verstehen, ihre individuellen Rechte aufgrund einer materiell abgesicherten sozialen Situation nutzen zu können.

Verwirklichung des rechtlichen Gleichheitsgrundsatzes durch die soziale Chancengleichheit.

Dazu gehört sowohl die materielle wie die bildungsmäßige Chancengleichheit. Materielle Chancengleichheit bedeutet die ökonomische Sicherstellung; Chancengleichheit auf dem Bildungssektor bedeutet den ungehinderten Zugang zu allen Bildungseinrichtungen und dessen materielle Absicherung. Chancengleichheit bedeutet dabei nicht die absolute Nivellierung im Sinne von „Gleichmacherei“. In jeder Gesellschaftsform werden sich aufgrund individueller Verschiedenheit und sozialer Notwendigkeiten Differenzierungen in der gesellschaftlichen Position ergeben.

- Sicherstellung der ungehinderten sozialen Mobilität. Demokratisierung aller gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse: So u. a. in Betrieben, Verbänden, Parteien, Massenmedien usw., damit hierarchisch gebildeter politischer Wille zurückgebliebener, gesellschaftlicher Interessengruppen keine Präsenz auf die politischen Entscheidungsinstanzen ausüben kann.  
Demokratisierung der gesellschaftlichen Teilbereiche bedeutet dabei nicht, Sachkompetenz durch plebiszitäre Mechanismen zu ersetzen, sondern das Recht der Basis, durch Grundsatzentscheidungen, Personenwahl und Kontrolle in den Entscheidungsprozeß demokratisch eingreifen zu können.
- Nutzung der Möglichkeiten der modernen Technologie zur Informationsbeschaffung und -verarbeitung als Grundlage demokratischer Entscheidungen.
- Pluralismus. Ausgehend von der Überzeugung, daß es keine wissenschaftlich-objektiven, endgültigen Aussagen über die Ordnung der Gesellschaft geben kann, fördert das sozial-liberale Konzept die Konkurrenz-Möglichkeit mehrerer verschiedener Gesellschaftskonzeptionen sowie die Erhaltung der Offenheit gegenüber weiteren Veränderungen.



## 2. Abgrenzung zum Dogmatischen Sozialismus

Wie der Sozialliberalismus, anerkennt die sozialliberale Demokratie, die überragende Bedeutung der Produktionsverhältnisse für das Leben des einzelnen und die politische und soziale Entwicklung; sie läßt sich jedoch nicht auf eine monokausale Herleitung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung von den bestehenden Produktionsverhältnissen festlegen.

Der dogmatische Sozialismus will Abhängigkeiten abbauen, schafft aber neue Abhängigkeiten in Form der Errichtung zentralistischer und bürokratischer Entscheidungsmechanismen. Diese neuen Abhängigkeitsverhältnisse verhindern eine Befreiung des einzelnen und seine Entwicklung zu einem mündigen, politisch gleichberechtigten Bürger. So ist beispielsweise das demokratische Prinzip der Willensbildung von unten nach oben vom leninistischen Zentralismus mißachtet worden.

Der Sozialliberalismus verkennt keineswegs, daß alle hochindustrialisierten Gesellschaften — unabhängig vom Gesellschaftssystem — bedingt durch den technologischen Fortschritt zu einer Bürokratisierung und ‘Expertokratie’ hintendieren. Eine solche Entwicklung ist jedoch durch politische Entscheidungen zu beeinflussen. Sie ist daher nicht als zwingend anzusehen.

Der Sozialliberalismus unterscheidet sich vom dogmatischen Sozialismus durch den institutionellen Schutz von Minderheiten sowie durch die grundsätzliche Anerkennung individueller Freiheitsräume. Hieraus ergibt sich eine andere Konzeption der Demokratisierung: Der dogmatische Sozialismus geht von der völligen Identität von Staat und Gesellschaft aus und folgert daraus die Aufhebung individueller Freiheitsräume. Der Sozialliberalismus dagegen erhält und garantiert den individuellen Freiheitsraum.

### **3. Wirtschaftspolitische Grundsätze des Sozialliberalismus**

Grundziel jedes ökonomischen Handelns und damit jedes ökonomischen Systems muß die Befriedigung der durch die Mitglieder der Gesellschaft entwickelten Bedürfnisse sein. Innerhalb der sozialliberalen Demokratie darf das Wirtschaftssystem nicht nur nach Grundsätzen der Effizienz konzipiert werden: Die Befriedigung materieller Bedürfnisse darf nicht einziges Ziel sein.

#### **3.1. Transparenz im ökonomischen Bereich**

Das ökonomische System muß so transparent gestaltet werden, daß alle Informationen, die zu einer demokratischen Willensbildung erforderlich sind, allen Beteiligten zur Verfügung stehen, so daß vorgespiegelte Sachzwänge, die nur der Herrschaftsverfleischung dienen, aufgedeckt werden können. Voraussetzung hierzu ist eine unbedingte Auskunftspflicht der Entscheidungsträger gegenüber der Gesamtgesellschaft und in besonderem Maße gegenüber allen am Produktionsprozeß Beteiligten.

Informationsmonopole sind ausgesprochene Herrschaftsmittel und stehen einem demokratischen Willensbildungsprozeß im ökonomischen Bereich entgegen.

#### **3.2 Willensbildung im ökonomischen Bereich**

Es muß ein institutioneller Rahmen für eine demokratische Willensbildung im ökonomischen Bereich geschaffen werden mit dem Ziel, die Emanzipation des einzelnen zum mündigen, politisch gleichberechtigten Bürger zu ermöglichen. Darüber hinaus muß durch diesen institutionellen Rahmen erreicht werden, daß jede Entscheidung über unternehmenspolitische Ziele und über die Art ihrer Verwirklichung demokratisch legitimiert wird. Unerläßlicher Bestandteil der wirtschaftspolitischen Grundsätze des Sozialliberalismus ist daher die Forderung nach Mitbestimmung, die sich sowohl auf interne als auch auf die externe Unternehmenspolitik beziehen muß.

### 3.3. Soziale Unabhängigkeit und die Eigentumsfrage

Soziale Unabhängigkeit setzt materielle Unabhängigkeit voraus. Sie muß in der sozialliberalen Demokratie erreicht und gesichert werden. Hierzu ist jedem Mitglied der Gesellschaft ein ausreichendes Mindesteinkommen zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus muß für den einzelnen der Anreiz und die Möglichkeit gegeben sein, Leistung zu erbringen. Der Sozialliberalismus erkennt das Grundrecht auf Eigentum an, will allerdings das Eigentum an Produktionsmitteln seiner Verfügungsfunktion insofern entkleiden, als es Instrument einer ökonomischen und politischen Beherrschung ist.

Diese Forderung und die Forderung nach materieller Unabhängigkeit bedingt eine Vermögensumverteilung, die mittelfristig zu einer stärkeren Angleichung der Vermögensverhältnisse der einzelnen Mitglieder der Gesellschaft führen muß.

### 3.4 Ständige kritische Analyse

Ein der sozialliberalen Demokratie entsprechendes Wirtschaftssystem muß seine Struktur und seine Teilziele einer ständigen kritischen Analyse unterziehen, damit festgestellt werden kann, ob es den Bedingungen der sozialliberalen Konzeption genügt.

## 4. Zum Pluralismusproblem

Sozialliberalismus erkennt das Vorhandensein und die Funktion einer Vielzahl von politischen Anschauungen und Interessen, anhand derer die eigene Position ständig überprüft werden muß. Die adäquate Staatsform für eine pluralistische Gesellschaft ist die parlamentarische Demokratie, da sie die rationale Austragung von Konflikten verschiedener Gesellschaftsentwürfe, politischer Meinungen und Interessen institutionell garantiert.

Die auf dem Prinzip des Pluralismus aufbauende pluralistisch-empirische Demokratietheorie, die von einem abstrakten einheitlichen Gemeinwohl ausgeht und der Gefahr der Usurpation des angeblichen Erkenntnisses dieses Gemeinwohls durch Minoritäten den Weg bereitet, führt zu Scheinlegitimationen und Absolutheitsansprüchen von Avantgarden; diese lösen sich von den realen gesellschaftlichen Wünschen und Bedürfnissen und werden so zum Selbstzweck.

Die Stellung von Gruppen mit verschiedenen Interessen zueinander darf nicht in dem Sinne gegensätzlich sein, daß die erfolgreiche Interessenvertretung der einen nur durch die faktische Ausschaltung der anderen Gruppe zu erreichen ist.

Soziale Konflikte dürfen nicht verschleiert, sondern müssen entsprechend einem pluralistischen Austragungsmechanismus rational aufgelöst werden. Um eine Pluralität relevanter Interessen und Meinungen und deren Chancengleichheit zu gewährleisten, muß die innere Struktur aller Gruppen und Organisationen demokratisch sein: Das heißt, daß alle Mitglieder an der Willensbildung beteiligt werden. Hierbei ist der Erkenntnis Rechnung zu tragen, daß in einer hochindustrialisierten, komplexen Massengesellschaft die Interessen nur in durch Repräsentationsorgane kollektiver und mediatisierter Form nach oben zu vermitteln sind.

Die aufgezeigten Elemente eines Pluralismus im sozialliberalen Sinn lassen erkennen, daß Pluralismus bei Vorliegen einer Klassengesellschaft, in der die Ausgangspunkte der einzelnen

Interessen grundsätzlich divergieren, dann eher zu einer Verschleierung der wahren Konflikte führt, da durch formale Gleichbehandlung lediglich bestehende Privilegien stabilisiert werden. Eine Klassengesellschaft kennt weder die für eine sozialliberale Demokratie notwendigen Voraussetzungen der Durchlässigkeit noch der Offenheit des Systems.

## 5. Zur Situation in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland, die dem Anspruch nach eine pluralistische Demokratie sein will, stehen – trotz auf Pluralismus hindeutender Merkmale – der Realisierung der pluralistischen Idee gewisse gesellschaftliche Strukturen entgegen, die den Widerspruch zwischen Norm und Wirklichkeit zutage fördern.

Als Beispiele seien nur die unzureichende Mitbestimmung im Unternehmen, die oligarchische Struktur der Verbände und Parteien, die zunehmende Konzentration der Massenkommunikationsmittel sowie die bestehenden extrem unterschiedlichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse – trotz des relativ hohen Standards des Konsumbereichs – genannt.

Man wird dem Komplexitätsgrad der bundesdeutschen Gesellschaft nicht gerecht, wenn man sie unter mechanischer Verwendung des Zwei-Klassen-Schemas als Klassengesellschaft apostrophiert. Es sind trotz einer sozialen Öffnung relativ geschlossene soziale Abstufungen vorhanden. Dies ist festzustellen, weil einer Unterprivilegierung der Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor existiert und die Abhängigkeitsverhältnisse substantiell nicht verändert worden sind. In einer solchen Situation bleibt der pluralistische Anspruch formal und verschleiert Tatbestände, die zu verändern Aufgabe einer sozialliberalen Politik ist.

## 6. Reformstrategie

Als gesellschaftsverändernde Strategie, die die Realität dem sozialliberalen und pluralistischen Gesellschaftsbild anzupassen hat, bleibt der Weg der systemtranszendierenden Reform.

Eine revolutionäre Veränderung bedürfte einer entschlossenen Avantgarde und einer Massenbasis, die aus bewußten, zielgerichtet handelnden unterprivilegierten Schichten bestünde. Allerdings ist in der gegenwärtigen Situation der hochindustrialisierten Gesellschaft eine revolutionäre Veränderung nicht möglich, weil die Befriedigungs- und Krisenverhinderungsmechanismen des heutigen Kapitalismus so groß und darüber hinaus die soziale Situation auch der Unterprivilegierten so relativ erträglich ist, daß die Mobilisierung einer wirklichen Masse für revolutionäre Ziele Illusion bleiben muß. Des weiteren legitimiert sich Gewalt nur als Mittel des konkreten Widerstandsrechts. Darüber hinaus ist bei einer revolutionären Veränderung die Gefahr der Verselbständigung der Avantgarde, mit Effekt der Errichtung neuer Abhängigkeiten monistischer und totalitärer Natur aller Erfahrungen nach sehr groß.

Reform als alternative Strategie dagegen hat den Vorteil, auf die Unterschiede zwischen den bestehenden akzeptierten Verfassungsnormen und der sozialen Wirklichkeit hinzuweisen und so leichter Bewußtsein für die Notwendigkeit der Strukturänderung erzeugen zu können. Auf Grund ihres notwendig pluralistischen Charakters ist sie flexibler in ihren Ansätzen und wird der Komplexität der bestehenden Gesellschaft besser gerecht.

Reform hat daher in den Teilbereichen der Gesellschaft, im konkreten Erfahrungsbereich des einzelnen, anzusetzen. Ziel einer sozialliberalen Reform muß es sein, im Hinblick auf einen Pluralismus, alle gesellschaftlichen Teilbereiche (Schulen, Universitäten, Verbände, Parteien, Unternehmen, Gewerkschaften etc.) dahingehend zu demokratisieren, daß die Partizipation aller in diesen Bereichen Tätigen geschaffen und somit eine nicht-oligarchische pluralistische Willensbildung ermöglicht wird.

Hierbei ist sicherzustellen, daß Reform nicht Reformismus beinhaltet, der an Symptomen kuriert. Eine sozilliberale Reform mit dem Ziel eines Pluralismus muß in dem Sinne radikal sein, daß sie die fundamentalen Ursachen von Mißständen erkennt und beseitigt. In der Bundesrepublik Deutschland wird es künftig darauf ankommen, von innen her den involutiven Prozeß der einst demokratisch konzipierten Institutionen zu stoppen und – mit durchaus punktuellen Ansatz – ebenso von innen her die Strukturelemente der Gesellschaft zu beseitigen, die Chancengleichheit und Pluralismus verhindern.



## 7. Bildung als Voraussetzung zur Gesellschaftsveränderung

Transmissionsriemen aller bisherigen ökonomischen Erfolge, gesellschaftlichen Aufstiege und damit Teilnahme an den individuellen Freiheitsräumen des alten Liberalismus in Politik, Gesellschaft und Kultur war und ist bis heute die Bildung und die Ausbildung des einzelnen. Bildung aber ist immer noch ein Privileg. Der in unserer Gesellschaft mündige Staatsbürger, der in der Lage ist, sich selbst und die Umwelteinflüsse zu erkennen, Herrschaft zu kontrollieren und Manipulation zu entlarven und sich letztlich selbst bestimmen zu können, existiert nicht.

Ein solcher Bürger ist jedoch die Voraussetzung für eine Veränderung dieses Systems und die einzige Garantie dafür, daß ein demokratisch-transformiertes System nicht sofort wieder in ein sich verselbständigendes und autoritäres Elitesystem abgleitet. Ansatzpunkt jeder sozialliberalen Politik, die weder die manipulative Steuerung der Bevölkerung durch elitäre Kader noch den schein-demokratischen Pluralismus der bestehenden Ordnung festigen will, ist eine radikal neu zu interpretierende Bildungspolitik. Manipulation ist zu einem entscheidenden Herrschaftsfaktor unserer Gesellschaft geworden.

Wesentliche Bedingungen der Aufhebung dieser Herrschaft ist die Offenlegung der Manipulation. Dies gelingt aber nur, wenn die Menschen aus ihrer Unmündigkeit herausgeführt werden, in der man sie bewußt und vorsätzlich hält.

Der mündige Bürger, der gelernt hat, kritisch zu prüfen und scheinbare Sachzwänge zu analysieren, wird diesem, auf Herrschaft begründeten, System aber gefährlich.

Die Unterscheidung zwischen Ausbildung einerseits als Aneignung von Kenntnissen und Fertigkeiten mit dem Ziel, ein produzierendes Mitglied der Gesellschaft zu werden und Bildung andererseits als Anleitung zum kritischen Denken und Erkennen der gesellschaftlichen Zusammenhänge, muß eindeutig klargestellt werden. Die bestehenden Bildungspläne versteifen sich

auf eine Bildung in der Art der Ausbildung, um den gut funktionierenden, aber unkritischen „Produzenten“ heranzuzüchten, der mit seinen Fachkenntnissen im internationalen Wettbewerb bestehen kann. Es ist unbestritten, daß wir diese Art von Ausbildung brauchen, jedoch mit dem Bewußtsein, in welchem gesellschaftlichen Zusammenhang diese Ausbildung geschieht.

Hauptaufgabe und wesentliche Voraussetzung für eine Bildungsintensivierung ist der Abbau der Sozialmilieuschranken. Mangelnde Fähigkeiten des sprachlichen Ausdrucks, ausbleibende Anstöße zum selbständigen Denken, Informationsrückstand und autoritäre gläubige Obrigkeitendenken sind die wesentlichen Elemente, die die Mehrzahl der Kinder in ihren ersten Lebensjahren bereits negativ prägen. Die gesellschaftliche Kontrolle und Förderung muß schon im Vorschulalter beginnen.

Von der Erziehung im Vorschulalter über ein durchlässiges Schulsystem bis zur Gesamthochschule und einer umfassenden Erwachsenenbildung reicht der Katalog der schnellstens in Angriff zu nehmenden Bildungsaufgaben. In der Übergangsphase ist eine umfassende Aufklärung notwendig, die jedem Bürger, auch dem nicht mehr im schulischen Lernprozeß stehenden, die gesellschaftlichen Zusammenhänge vermittelt, die sein gesamtes Bewußtsein prägen und bestimmen. Im gesamten Bildungssystem muß dazu übergegangen werden, unreflektierte Traditionslehren ersatzlos abzubauen und schon den Schüler neben dem auszuweisenden fachlichen Wissen in Methoden kritischen Denkens und Arbeitens einzuweisen, um die ihn umgebenden Manipulationsmechanismen erkennen und ihnen kreativ begegnen zu können.

## 8. Sozialliberalismus und Parlamentarisches Regierungssystem

An mehreren Stellen ist bereits deutlich geworden, daß Demokratie im politischen Bereich ihrer Entsprechung im sozialen Bereich und in anderen Teilbereichen bedarf, um selbst als Demokratie bestehen zu bleiben. Autoritäre Strukturen wirken naturgemäß auf den staatlichen Entscheidungsprozeß ein und entziehen ihm sukzessiv seine demokratische Substanz.

Das Modell des parlamentarischen Regierungssystems kann sozialliberalen und pluralistischen Vorstellungen adäquat sein, wenn es auf einer Vielfalt politischer Interessen und einer freien Konfliktaustragung basiert. Es versagt jedoch als Forum zur rationalen Austragung von Konflikten, solange die Parteien eine oligarchische und de facto hierarchische Binnenstruktur aufweisen und solange ungleiche Interessengruppen unter scheinpluralistischer Gleichbehandlung die bestehenden gesellschaftspolitischen Machtverhältnisse konservieren.

In dieser Situation wird das parlamentarische Regierungssystem zum Überbau einer undemokratischen Gesellschaft. Die Frage, ob der bundesdeutsche Parlamentarismus eine Chance hat, der zu beobachtenden restaurativen und autoritären Transformation entrissen und seinen idealtypischen Ursprüngen näher geführt zu werden, hängt nicht nur von einer Demokratisierung der Parteien und Verbände ab.

Unabdingbar ist nämlich die Politisierung der Wählerschaft, die ihre Funktion als Kontrollorgan nur höchst unzureichend wahrnimmt.

Hier gilt es, die im Sinn der Erhaltung bestehender Herrschaft durch bestimmte Presseorgane und Erziehungsinstitutionen ausgeübte Manipulation und Entpolitisierung der Bevölkerung zu durchbrechen.

Ziel muß eine wesentlich verstärkte Transparenz politischer Entscheidungen und eine verstärkte politische Bildung, d.h. aber

Bewußtmachung der Bevölkerung, sein. Die Zukunft des Parlamentarismus als demokratisch legitimierte Regierungsform hängt davon ab, ob das entscheidende Organ, die Wählerschaft selbst, zu materieller Kontrolle ihrer Mandatsträger imstande sein wird. Dies ist nur über Aufhebung der Unmündigkeit reproduzierender Strukturen und einer fundamental veränderten Bildungspolitik zu bewirken.

## **II. WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT**

Jede rationale Politik muß sich auseinandersetzen mit der Problematik, die Wissenschaft und Gesellschaft in Verbindung (in Zusammenhang alt.) gesehen werden müssen. Notwendig ist:

- a) eine Klärung der eigenen politischen Zielvorstellungen, um von da aus das Verhältnis von Wissenschaft und Politik bestimmen zu können (siehe I.),
- b) die Frage der wissenschaftlichen Begründung von Werturteilen zu stellen (siehe III.).

# 1: Zielvorstellungen

Die Zielvorstellung der sozialliberalen Demokratie ist eine offene, pluralistische, demokratische Gesellschaft, in der die Freiheit des einzelnen aufbaut auf der Startchancengleichheit und auf sozialen Grundrechten, die gewährleisten, daß politisch gegebene Rechte aktualisiert werden können (indem nicht nur formale Rechte gewährt sondern diese im materiellen Bereich abgesichert werden). Die Grundvoraussetzung für eine solche Gesellschaft sind Transparenz der Entscheidungsvorgänge und Einführung demokratischer Elemente auch im gesellschaftlichen Bereich.

## 2. Aktuelle Situation an den deutschen Universitäten

Die Frage des Gesellschaftsbezugs von Wissenschaft an den deutschen Universitäten ist erst in den letzten Jahren durch die Studentenbewegung ins allgemeine Bewußtsein gehoben worden. Jedoch ist diese Frage keineswegs im Sinne einer allgemein anerkannten Lösung entschieden worden, sondern ist im Gegenteil heftig umstritten.

Von vielen Wissenschaftlern wird noch heute unreflektiert der Standpunkt vertreten, Wissenschaft sei völlig wertfrei und habe sich nicht um ihren gesellschaftlichen Bezug zu kümmern. Andererseits werden unbefragt Ausflüsse bestimmter Wissenschaftskonzepte übernommen, denen zufolge Wissenschaft als Produktionsfaktor lediglich Teil des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhangs ist, dem sie sich unterzuordnen hat (so z.B. § 6 Hess. Hochschulgesetz als Ausfluß der kritischen Theorie). Aus diesem Grunde soll die Position verschiedener Wissenschaftsverständnisse zur Frage des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft in Form einer Synopse dargestellt werden.

### 3. Darstellung

Im folgenden sollen drei Wissenschaftsverständnisse durch die von ihnen gegebenen Antworten auf einen Komplex von Fragen dargestellt werden. In die Synopse werden einbezogen:

- a) die "Kritische Theorie" der Frankfurter Schule,
- b) der "dialektische Materialismus",
- c) der "kritische Rationalismus" (Popper, Albert).

#### Frage 1: Verfolgt die Wissenschaftstheorie ein gesellschaftspolitisches Ziel?

Bei allen drei Theorien wird ein gesellschaftspolitisches Ziel grundsätzlich verfolgt: Beim kritischen Rationalismus jedoch wird dies nicht explizit, sondern folgt implizit aus dem theoretischen Ansatz. Die kritische Theorie hat die herrschaftsfreie Gesellschaft zum Ziel, in der Herrschaft zwar nicht grundsätzlich ausgeschlossen ist, aber nur als "legitimierte Herrschaft" zugelassen wird. Der dialektische Materialismus strebt die klassenlose Gesellschaft an. Herrschaft wird in der kritischen Theorie als "legitimierte Herrschaft" zugelassen. Die Legitimation gibt sich die Partei selbst. Der kritische Rationalismus bedingt die "offene Gesellschaft". Darin ist implizit das Pluralismuspostulat enthalten. Herrschaft wird nicht durch Wissenschaft, sondern durch Mehrheitsentscheid legitimiert. Die Ablösung der Herrschenden ist grundsätzlich möglich. Die Frage der Herrschaft entscheidet sich im Konkurrenzkampf verschiedener gesellschaftspolitischer Konzeptionen.

Die Realisierung des gesellschaftspolitischen Konzepts wird in der kritischen Theorie durch qualitative Bewußtseinsveränderung geleistet. Diese ist Ergebnis des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses.

Im dialektischen Materialismus erfolgt die Realisierung des gesellschaftspolitischen Zieles durch den Klassenkampf. Dessen Ursache liegt in den Herrschaftsstrukturen, die ihrerseits bedingt sind durch die Produktionsverhältnisse.



Wie in der kritischen Theorie erfolgt im kritischen Rationalismus die Zielrealisierung durch einen Bewußtseinsveränderungsprozess. Dieser wird hier im Gegensatz zur kritischen Theorie inhaltlich bestimmt durch den methodischen Zweifel (Skeptizismus) als gesellschaftliches Verhaltensprinzip.

Die tatsächliche Realisierung bringt verschiedene Probleme für die drei Theorien:

In der kritischen Theorie stellt sich die Frage der „Herrschafts-ideologie“ durch Selbstlegitimation.

Der demokratische Zentralismus des dialektischen Materialismus führt tendenziell zur bürokratischen Eliteherrschaft. Dies versucht eine andere Form des dialektischen Materialismus, die Theorie von der permanenten Revolution, zu verhindern (China – Kulturrevolution).

Wie aus dem impliziten Ansatz der gesellschaftlichen Zielvorstellung im kritischen Rationalismus folgt, kann es keine direkte Zielrealisierung geben. Es liegt lediglich eine Befruchtung moderner Demokratietheorien (Dahrendorf) durch den kritischen Rationalismus vor.

## **Frage 2: Funktion der Wissenschaft?**

- a) Wie steht die Theorie zur Werturteilsproblematik?
- b) Wie bestimmt die Theorie ihr Verhältnis zur Praxis?

Nach dem Verständnis der kritischen Theorie muß Wissenschaft werten, weil sie Sinnzusammenhänge aufzeigen soll (Begriff des „explanatorischen Interesses“).

Die Frage einer Unterscheidung von Theorie und Praxis stellt sich der kritischen Theorie nicht. Sie versteht sich als Teil der gesellschaftlichen Totalität, als „gesellschaftsverändernde Praxis“. Ebenso wie in der kritischen Theorie muß im dialektischen Materialismus Wissenschaft werten, sie ist dabei aber der

Parteiideologie untergeordnet (Parteilichkeit der Wissenschaft). Wissenschaft erhält hier Abstützungsfunktion für das Interesse der Partei.

Ein direkter Theorie-Praxis-Bezug ist im dialektischen Materialismus gegeben, da Wissenschaft als unmittelbarer Produktionsfaktor selbst Praxis werden muß.

Im Gegensatz zur kritischen Theorie und dem dialektischem Materialismus liefert der kritische Rationalismus keine wissenschaftliche Begründung von Werturteilen. Das Problem der Werturteilsfreiheit stellt sich dem kritischen Rationalismus bei der Frage der Interessengebundenheit des Wissenschaftlers und der Wissenschaft (vgl. dazu Frage 3). Die Frage dieser Interessengebundenheit ist selbst Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung und wird somit in die Wissenschaft einbezogen. Im Gegensatz zum Positivismus (Wiener Kreis) werden Werturteile und deren Auswirkungen wissenschaftlich untersucht.

Die Theorie leistet für die Praxis eine Klärung der Zweck-Mittel-Relation, indem sie den möglichen Weg zu einem gegebenen Ziel aufzeigt. Dies geschieht dadurch, daß sie prognosefähige Aussagen erstellt. Sie gibt jedoch keine Anweisung über die Auswahl der Ziele.

**Frage 3: Sind Wissenschaftler und Wissenschaft interessengebunden?**

Jede der drei Theorien geht im Gegensatz zum Positivismus davon aus, daß der einzelne Wissenschaftler interessengebunden handelt und von daher subjektive Interessen in den Wissenschaftsprozess einfließen. Die kritische Theorie löst dieses Problem, indem sie das Einzelinteresse im objektiven Gesamtinteresse durch dialektische Reflexion aufhebt.

In der Theorie des dialektischen Materialismus stimmt das Einzelinteresse mit dem Klasseninteresse überein, das seinerseits aus der ökonomischen Basis (Produktionsverhältnisse) abgeleitet

wird. Die Theorie ist folglich nur dann richtig, wenn sie dem Klasseninteresse des Proletariats entspringt. Dieses Klasseninteresse wird durch die Partei definiert. Dadurch kommt der Partei eine Avantgardefunktion zu (Bruch der Theorie – Einordnungsproblem der Intelligenz in das Klassenschema).

Der Einfluß subjektiver Interessen wird im kritischen Rationalismus dadurch ausgeschaltet, daß wissenschaftliche Aussagen und Prämissen einer intersubjektiven Überprüfung unterzogen werden. Voraussetzung dafür ist aber die grundsätzliche Offenheit wissenschaftlicher Theoriebildung und damit ein Wissenschaftspluralismus.

**Frage 4: Wie grenzen die Theorien Wissenschaft von Ideologie ab?**

Die kritische Theorie zieht die Grenzlinie zwischen Wissenschaft und Ideologie dort, wo die Aufhebung des in den Wissenschaftsprozess einfließenden Einzelinteresses im objektiven Gesamtinteresse nicht erfolgt, das „wissenschaftliche“ Urteil also nicht der gesellschaftlichen Interessenlage entspricht.

Im dialektischen Materialismus ist eine Aussage dann ideologisch, wenn sie nicht der durch die ökonomische Basis bestimmten objektiven Interessenlage entspricht. Diese wird ihrerseits von der Partei interpretiert. Der kritische Rationalismus geht im Gegensatz zur kritischen Theorie und zum dialektischen Materialismus nicht von einem objektiven Interesse aus. Folglich grenzt er Wissenschaft und Ideologie nicht nach Richtigkeitskriterien, sondern nach Kriterien der wissenschaftlichen Theoriebildung ab: Er bezeichnet ein solches Aussagesystem als ideologisch, das einen Absolutheitsanspruch erhebt, indem es sich der Kritik durch Immunisierung (Verschleierung von Prämissen, Benutzen von Zirkelschlüssen, Dogmatisierung von Basissätzen) entzieht.

Der Ideologiebegriff dient somit in allen drei Theorien der Abwehr des Geltungsanspruchs anderer Wissenschaftstheorien und erfüllt somit die Funktion eines Kampfbegriffes.

**Frage 5: Leitet sich aus den Theorien ein Alleingeltungsanspruch ab?**

Der Alleingeltungsanspruch ergibt sich zwingend aus der kritischen Theorie und dem dialektischen Materialismus. Während letzterer diesen Alleingeltungsanspruch auch gegenüber dem Lager der dialektischen Theorie vertritt ("Wissenschaftliche Breschnew-Doktrin"), läßt die kritische Theorie Mischtypen zu, indem sie selbst Elemente empirisch-analytischer Wissenschaft in ihre Theorie einbezieht.

Indem kritischer Rationalismus Wissenschaftspluralismus voraussetzt (vgl. Frage 3), ermöglicht er die Einbeziehung anderer Theorien, wendet sich aber den Alleingeltungsanspruch anderer Theorien.

**Frage 6: Wie stellen sich die Theorien zum Problem der Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse?**

In der kritischen Theorie ist die logische Konsequenz des Theorie-Praxis-Verhältnisses (vgl. Frage 2 b), daß Wissenschaft die Verwertung ihrer Ergebnisse selbst bestimmt. Der Weg, um wissenschaftliche Erkenntnisse in Entscheidung umzusetzen, besteht darin, einen Bewußtseinsbildungsprozeß in Gang zu setzen, der eine politische Öffentlichkeit herstellt.

Wie in der kritischen Theorie besteht beim dialektischen Materialismus ein direkter Theorie-Praxis-Bezug, also ein direkter Einfluß der Wissenschaft auf die Verwertung ihrer Ergebnisse: Wissenschaft wird zur unmittelbaren Produktivkraft (vgl. Frage 2 b). Die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnis in Entscheidung erfolgt durch Einschaltung des Staatsapparates und/oder der Elite (je nach Stufe des Sozialismus). Hierin zeigt sich noch einmal der Bruch der Theorie (vgl. Frage 3). Nach dem kritischen Rationalismus legt Wissenschaft selbst nicht Ziele fest (vgl. Frage 2), damit auch nicht die Art der Verwertung wissenschaftlicher Ergebnisse, kann diese aber einer wissenschaftlichen Kritik unterziehen. Sie nimmt jedoch indirekt auf die Verwertung wissenschaftlicher Ergebnisse insofern

Einfluß, als sie ein kritisches Potential in der Gesellschaft schafft. Hier liegt eine Parallele zur Herstellung der politischen Öffentlichkeit durch die kritische Theorie vor.

**Frage 7: Lassen die Theorien Wissenschaftspluralismus zu?**

Diese Frage ist lediglich die Inversion derjenigen nach dem Alleingeltungsanspruch einer Wissenschaftstheorie (vgl. Frage 5). Der Alleingeltungsanspruch einer Theorie schließt Wissenschaftspluralismus aus. Somit kann der dialektische Materialismus einen Wissenschaftspluralismus nicht zulassen. Die kritische Theorie räumt ihn soweit ein, als der Einbau anderer Theorien in den eigenen Ansatz möglich ist. Dies gilt grundsätzlich auch für den kritischen Rationalismus. Da er jedoch keine inhaltlichen Richtigkeitskriterien aufstellt, ist sein Ansatz prinzipiell umfassender als der kritischen Theorie. Wissenschaftspluralismus ist für ihn konstituierend.

## **4. Entsprechungen von Zielvorstellungen der DSU und Aussagen der verschiedenen Wissenschaftstheorien**

### **4.1. Dialektischer Materialismus**

Der dialektische Materialismus widerspricht den grundlegenden Forderungen der sozial-liberalen Demokratie nach einer offenen, pluralistischen Gesellschaft. Da er Herrschaft nicht durch Mehrheitsentscheidungen legitimiert, sondern durch Erkenntnis der objektiven gesellschaftlichen Interessen, widerspricht er dem Demokratiebegriff des sozial-liberalen Konzeptes.

Somit ist diese Wissenschaftstheorie mit der Forderung nach sozialliberaler Demokratie nicht vereinbar.

### **4.2. Kritische Theorie der Frankfurter Schule**

Die Forderung der kritischen Theorie nach Herstellung einer politischen Öffentlichkeit (Bewußtseinsbildungsprozeß) entspricht grundsätzlich dem Postulat der Transparenz im Konzept der sozialliberalen Demokratie. Ebenso stellt die kritische Theorie die Frage nach der Legitimierung von Herrschaft. Wenn jedoch die kritische Theorie die Herrschaft durch dem Wissenschaftsprozeß selbst legitimiert (vgl. Frage 1 Herrschaftsideologie), so tritt sie in Widerspruch zum Demokratieverständnis des sozialliberalen Konzeptes. Dieses Problem stellt sich grundsätzlich bei jeder normativen Theorie. Ein prinzipieller Widerspruch zum Pluralismuspostulat der sozialliberalen Demokratie liegt dann vor, wenn die kritische Theorie Alleingeltungsanspruch erhebt (vgl. Frage 5).

### **4.3 Kritischer Rationalismus**

Eine prinzipielle Entsprechung von sozialliberaler Demokratie und kritischem Rationalismus liegt in dem beiderseitigen Postulat der Offenheit und dem daraus resultierenden Postulat des

Pluralismus. Dadurch, daß Wissenschaft keine inhaltlichen Ziele festlegt, werden diese der demokratischen Konsensbildung überantwortet. Wissenschaft liefert das Werkzeug politisch rationalen Handelns auf der Grundlage demokratisch festgelegter Zielsetzungen.

Die Forderung des kritischen Rationalismus, ein kritisches Potential in der Gesellschaft herzustellen, schafft die Basis für die Transparenz, die von der sozialliberalen Demokratie als Grundlage demokratischer Entscheidung vorausgesetzt wird.

## 5. Eigener Standort

Somit besteht eine prinzipielle Übereinstimmung zwischen den Zielvorstellungen der sozalliberalen Demokratie und dem Wissenschaftsverständnis des kritischen Rationalismus. Die Problematik liegt jedoch weniger im Vergleich dieser beiden idealtypischen Systeme, sondern in der Frage, welche Funktion Wissenschaft im Sinne des kritischen Rationalismus für die Durchsetzung der sozalliberalen Demokratie aus der derzeitigen Gesellschaftssituation heraus besitzt. Der kritische Rationalismus ist immer der Gefahr ausgesetzt, sich gegen Kritik dadurch abzuschirmen, daß er seine Basissätze dogmatisiert und so die Kritik an seinen eigenen Voraussetzungen sowie der Verwertung wissenschaftlicher Ergebnisse nicht mehr leistet. Diese Gefahr zeigt sich deutlich in der Praxis in einigen Bereichen der Universitäten und Forschungszentren (z.B. unreflektierte Mathematisierung in der Ökonomie). Dann jedoch würde Wissenschaft umschlagen in ein Stabilisierungsinstrument bestehender Verhältnisse. Dieser Gefahr kann nur begegnet werden durch ständige Kritik im Wissenschaftsprozess, durch Aktualisierung des Wissenschaftspluralismus.